



Editorial

Liebe FIAN-Mitglieder, liebe Interessierte,

nur zwei Prozent der Weltbevölkerung können ihre Rechte auf Protest und Meinungsäußerung vollkommen frei wahrnehmen. In mehr als der Hälfte aller Länder wird der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement beschränkt. Dies hat schwerwiegende Folgen für die Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Die Verfolgung von Menschenrechts- und Umweltaktivist*innen, Restriktionen bei der Versammlungsfreiheit, verschärfte Gesetze im Rahmen der COVID-Pandemie oder präventive Verhaftungen sind gängige Instrumente, um unbequeme Stimmen zum Schweigen zu bringen – insbesondere bei der Ausbeutung von Rohstoffen oder bei Großprojekten wie Staudämmen oder Verkehrswegen.

Auch FIAN-Sektionen sind von dieser Entwicklung betroffen. So kommt es in Ecuador vielfach zu Gewalt gegen Menschenrechtsgruppen. Verantwortlich sind Armee und Polizei, private Unternehmen und oftmals die organisierte Kriminalität. Die jüngste Verhaftung der prominenten Menschenrechtsverteidiger*innen Ruth López und Alejandro Henríquez in El Salvador sowie die jüngste Verabschiedung dort eines Gesetzes über „ausländische Agenten“ sind weitere Beispiele, wie autoritäre Regierungen auf kritische Stimmen reagieren. Nicaragua, Venezuela und seit kurzem Peru, wo ein entsprechendes Gesetz Mitte März verabschiedet wurde, haben bereits ähnliche Regelungen.

Die rasche Verschlechterung des zivilgesellschaftlichen Raums erfordert gemeinsame Reaktionen. In dieser Ausgabe des FoodFirst-Magazins befassen wir uns mit den aktuellen Entwicklungen und mit der Situation in einigen Partnerländern. Gemeinsam möchten wir darüber nachdenken, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um diesen beunruhigenden Trend umzukehren.

Almudena Abascal, Lateinamerika-Referentin FIAN Deutschland



Autoritarismus ohne Grenzen Widerstand gegen Repression und Abbau demokratischer Rechte

Weitere Themen im Heft:

Neuer FIAN-Vorstand gewählt; FIAN beim Evangelischen Kirchentag in Hannover; Stellungnahmen von UN Special Rapporteurs; Interview mit neuer Generalsekretärin von FIAN International; Delegation aus Mittelamerika; Update zu Fällen Amatheon und Kaweri; neue Bildungsangebote von FIAN

FIAN auf Kirchentag in Hannover: Bewusstsein für globale Zusammenhänge geschärft

Auf dem diesjährigen Evangelischen Kirchentag begrüßten Aktive von FIAN zahlreiche Interessierte am Markt der Möglichkeiten. In offener und entspannter Atmosphäre führten wir viele fruchtbare Gespräche. Ein besonderes Highlight war erneut das FIAN-Glücksrad, mit dem wir den Bauxit-Abbau in Guinea diskutierten: Je nach gezogener Farbe schlüpfen die Teilnehmenden in verschiedene Rollen – von der Konsument*in oder Bankangestellten in Deutschland bis hin zu einer Mitarbeiter*in, Firma oder Betroffenen in Guinea. So entstand ein lebendiger Austausch über die globalen Verflechtungen des Aluminiumkonsums. Unsere interaktive Stellwand mit Fotos, Zitaten und Hintergrundinformationen machte deutlich, welche schweren Menschenrechtsverletzungen damit einhergehen. Wir konnten viele Unterschriften für die Petition „Rücksichtslosen Bauxitabbau in Guinea beenden“ sammeln. Die große Resonanz – mehr als tausend Interessierte besuchten den Stand – war sehr erfreulich. FIAN freut sich bereits auf den nächsten Evangelischen Kirchentag 2027 in Düsseldorf – mit neuen Impulsen und engagierten Diskussionen.



Perspektiven und Pläne des AK Dekolonial

Mit frischen Impulsen brachte sich der AK Dekolonial auf der FIAN-Jahresversammlung in Frankfurt ein. In Diskussionsrunden wurde erneut die Frage bewegt, welche Bedeutung das dekoloniale Lernen für unsere Arbeit hat – ein Thema, das uns weiter begleiten wird. Besonders spannend war der Blick nach vorn: Wie erkennen wir 2030 ein dekoloniales FIAN? Ein greifbarer Meilenstein wäre, dass Medien, die Website oder Podcasts mehrsprachig und gemeinsam mit FIAN-Sektionen im Globalen Süden produziert werden. Ein weiteres Vorhaben

entstand beim abendlichen Austausch: Erste FIAN-Fälle aus Afrika – etwa aus Uganda oder Guinea – sollen dekolonial analysiert werden.

Die Umsetzung startet zunächst ehrenamtlich: Anfang Juli bieten wir für alle Mitglieder ein Web-Seminar an, in dem mit einer dekolonialen Brille auf Mikrokredite und nach Kambodscha geschaut wird. Zudem gründete sich eine Lesegruppe, die mit unserer Vorsitzenden Friederike Fachliteratur zu dekolonialen Perspektiven bearbeiten will.

Menschenrechtsverteidiger*innen aus Zentralamerika zu Gast

Vom 21. bis 23. Mai durften wir in Köln zwei beeindruckende Stimmen aus Zentralamerika begrüßen: Gladis Mucú, Indigene Aktivistin der Maya-Q'eqchi' aus Alta Verapaz im nördlichen Tiefland Guatemalas, und Yoni Rivas, Sprecher kleinbäuerlicher Organisationen im honduranischen Aguán-Tal. Beide nahmen an einer von FIAN mitveranstalteten Paneldiskussion und an einem Seminar mit Studierenden der Uni Köln teil. Sie berichteten eindrucksvoll über die dramatischen Auswirkungen des industriellen Ölpalmenanbaus auf lokale Gemeinschaften in ihrer Heimat.

Ein besonderes Highlight war der Besuch eines SoLawi-Feldes (Solidarische Landwirtschaft) in Kooperation mit der FIAN-Lokalgruppe Köln. Dort fand ein inspirierender Austausch mit Mitgliedern der SoLawi über agrarökologische Anbaumethoden und solidarische Wirtschaftsweisen statt. Begleitet wurden Gladis und Yoni von der Romero Initiative. Weitere Stationen ihrer Rundreise waren unter anderem Münster, München und Berlin, wo sie sich ebenfalls mit lokalen FIAN-Gruppen vernetzten und ihre Erfahrungen teilten.



FIAN beim Jahreskongress der Ernährungsräte

Vom 14. bis 16. März versammelten sich in Hannover Ernährungsräte aus ganz Deutschland. Gab es 2016 lediglich in Köln und Berlin entsprechende Initiativen, so existieren heute über 60 lokale Zusammenschlüsse, die sich für eine regionale, gerechte, ökologische und zukunftsfähige Ernährungspolitik einsetzen.

FIAN war in diesem Jahr erstmals auf dem Jahreskongress vertreten. Jan Dreier leitete einen Workshop zum Recht auf Nahrung. Ziel war es, den Ernährungsräten eine menschenrechtliche

Grundlage für ihr Engagement aufzuzeigen und gemeinsam über Perspektiven dieses Rechts zu diskutieren. Das Feedback war durchweg positiv: Viele Teilnehmende sehen im Recht auf Nahrung einen „normativen Leitstern“ für ihre Arbeit. Im Workshop entstand eine umfangreiche Ideensammlung, die nun in die lokale Praxis getragen wird. Daran will FIAN anknüpfen – gemeinsam mit den Ernährungsräten soll ein Konzept entwickelt werden, wie das Recht auf Nahrung strategisch in deren politischer Arbeit verankert werden kann.

Berlin: Guinea-Petition übergeben

Am 14. Mai haben wir gemeinsam mit unseren Partnerorganisationen PowerShift, Rettet den Regenwald und WEED dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) unsere Petition für die Wiederherstellung der Rechte der Betroffenen der Bauxitmine der *Compagnie des Bauxites de Guinée* überreicht. Die Bundesregierung hat einen Millionenkredit der ING Diba für diese Mine mit der Auflage versichert, dass 15 Prozent des Bauxits nach Deutschland exportiert werden. Dieses Bauxit besitzt in Deutschland einen Marktanteil von über 90 Prozent.

Die beachtliche Zahl von 42.666 Menschen hat unsere Petition unterstützt. Mit einer Fotoaktion vor dem Ministerium haben wir die verheerenden Auswirkungen der Mine auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung im Minengebiet visualisiert. Anschließend konnten wir die Petition in einem ausführlichen Gespräch zwei Vertreterinnen des Bürgerdialogs des Ministeriums übergeben.



Neuer FIAN-Vorstand: bereit für kommende Aufgaben

Voller Vorfreude begrüßen wir den neuen FIAN-Vorstand, der jüngst in Frankfurt gewählt wurde: Dr. Friederike Diaby-Pentzlin bleibt erste Vorsitzende, unterstützt von Janina Reimann als Stellvertreterin – erstmals stehen damit zwei Juristinnen an der Spitze des Vereins. Maren Staeder übernimmt erneut das Amt der Schatzmeisterin.

Beisitzende sind Marita Zaremba-Lenzen, Steffi Neumann,



Martin Speer, Wolfgang Büttner, Gabriel Nowak und Heiko Hansen. Marita ist bereits seit den 80er Jahren (!) aktives Mitglied und nun erstmals im Vorstand. Steffi war bereits vor 15 Jahren Beisitzende und brachte sich insbesondere in die Bildungsarbeit ein. Ganz neu ist Wolfgang, von dessen 20-jähriger Erfahrung in verschiedenen Positionen bei *Human Rights Watch* wir sicher profitieren werden. Gabriel war während der Coronazeit Praktikant bei FIAN und brachte sich in der Folgezeit immer wieder aktiv ein – wie Martin Speer gehört er zur Gruppe der „jungen FIANista“, die sich in der MV erstmals gesondert austauschten. Britta Schweighöfer und Heiko Hansen führen ihre Arbeit als internationale Delegierte fort. Gleichzeitig verabschiedeten wir Judith Busch, Raphael Göpel, Lilo Heinze und Elena Goldschmidt aus ihren Ämtern im Vorstand – mit großem Dank für ihr vielseitiges, kluges und kreatives Engagement für das Recht auf Nahrung.

Empfehlen Sie FIAN weiter – mit der beiliegenden Postkarte!

Kritische Stimmen geraten unter Druck. Helfen Sie FIAN, Kraft zu schöpfen – durch neue Fördermitglieder.

Liebe FIAN-Mitglieder,

seit meinem Dienstantritt Anfang April als neue Bundesfreiwillige von FIAN durfte ich einige von euch bereits persönlich kennenlernen. An dieser Stelle möchte ich mich noch einmal offiziell vorstellen: Ich bin Alex, Soziologin und habe zeitgleich zum Freiwilligendienst ein Masterstudium im Bereich Nachhaltiges Entwicklungsmanagement begonnen. Obwohl erst wenige Wochen vergangen sind, fühle ich mich nicht nur so, als wäre ich schon eine ganze Weile bei FIAN. Sondern ich spüre bereits den Einfluss, den meine Mitarbeit auf mich hat. Es ist etwas Anderes, sich theoretisch mit globalen Problemen zu befassen, als persönliche Erfahrungsberichte von Betroffenen zu hören und die täglichen, kleinschrittigen, aber persistenten Bemühungen von FIAN sowie das Kooperieren und Ringen mit verschiedensten Akteuren mitzuerleben. Ich bin gespannt in den folgenden Monaten noch mehr Facetten der NGO-Arbeit, Themen und neue Gesichter kennenzulernen. An dieser Stelle nochmals einen herzlichen Dank auch an meine Vorgängerin Nina für ihr Engagement und die freundschaftliche Einarbeitung.

Herzliche Grüße, Stephanie Alex Janke



Soziale Bewegungen gegen die Ideologie der Ungleichheit

von Börries Nehe

Der neue Autoritarismus will die fortschrittlichen Entwicklungen der vergangenen Jahre beseitigen. Inmitten der vielfältigen Krisen richten sich politische Strategien immer häufiger gegen die Schwächsten der Gesellschaft. Gegenstrategien dürfen nicht auf der Verteidigung des Bestehenden verharren. Es braucht eine Politik, die für Umverteilung, Gerechtigkeit und Anerkennung kämpft und dem emotionalen Appeal des Autoritarismus etwas entgegensetzt.

In rasantem Tempo wird die Welt undemokratischer, ungleicher, rauer und weniger rechtsstaatlich. Autoritäre Regierungen und Bewegungen scheinen sich unaufhaltsam auszudehnen. Rassistische, antifeministische und nationalistische Ideologien haben Hochkonjunktur. Was gestern noch als unumstößliche Rechte galten – beispielsweise das Recht auf Asyl, die Meinungs- oder die Wissenschaftsfreiheit –, sieht sich heute Angriffen der extremen Rechten und auch von Teilen der politischen „Mitte“ ausgesetzt.

Nicht nur unser politisches Koordinatensystem scheint zusehends seine Gültigkeit zu verlieren. Selbst was wahr und was unwahr ist, und ob diese Frage überhaupt noch Sinn macht oder jemanden interessiert, ist in Zeiten von Fake News und alternativen Fakten alles andere als ausgemacht.

An den ersten Monaten der zweiten Amtszeit des US-Präsidenten Donald Trump lässt sich gut sehen, wie die autoritäre Mischung aus Schocktherapie, triumphalistischem Narrativ und Drohgebärden funktioniert. Das systematische Übertreten von Regeln, der offen zur Schau gestellte Zynismus sowie die faschistische Leidenschaft, mit der die Macht um ihrer selbst willen zelebriert wird, schlägt die Welt derzeit in ihren Bann. Und eben das ist auch das Ziel dieser autoritären Performances.

Autoritarismus im Neoliberalismus angelegt

Allerdings hat die Diskussion über Autoritarismus viele blinde Flecken. Allen voran ist das die Vorstellung, liberale Demokratie und Autoritarismus seien ein Gegensatzpaar. Autoritarismus geschieht nach dieser Lesart in einem Außen der liberalen Demokratie und stellt einen Bruch mit dieser dar. Emmanuel Macron erscheint dann als Retter der Demokratie, Marine Le Pen als ihre Bestatterin; Viktor Orbán als die dunkle, Ursula von der Leyen als die helle Seite der Macht. Doch diese Dichotomie besteht so nicht, vielmehr sind anti-demokratische und autoritäre Mechanismen Teil der liberalen Demokratie und wurden insbesondere in Zeiten des Neoliberalismus stark ausgeweitet. Dagegen kann man einwenden, dass jene Phase, die die US-Philosophin Nancy Fraser als „progressiven Neoliberalismus“ titulierte hat und für die Personen wie Bill Clinton, Gerhard Schröder oder Barack Obama stehen, neben einer regelbasierten Weltordnung auch eine Ausweitung von Frauen- und Minderheitenrechten, Multikulturalismus und Diversität mit sich brachte. Gegen diese liberalen Errungenschaften richtet sich heute der Kreuzzug der Regierung Trump-Musk.

Allerdings galt das „progressive“ vor allem für Teile des Globalen Nordens. Deutlich repressiver zeigte sich der extraktivistische, also auf der Ausbeutung von Rohstoffen basierende Neoliberalismus im Globalen Süden. In vielen Ländern – man denke an Lateinamerika – gingen Prozesse formaler Demokratisierung mit einer „Privatisierung“ der Gewalt einher. Statt Militärdiktaturen übernahmen Kartelle und Banden das Geschäft der Unterdrückung und verfolgten dabei ganz eigene Interessen. Vor allem aber waren die oben genannten „Fortschritte“ im Norden und Süden mit einer Ausweitung der Macht des Finanzsystems, einer Schwächung staatlicher Umverteilungspolitik sowie einer Prekarisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen verbunden. Vorübergehende Ausnahmen stellten allenfalls die (Mitte-) Links-Regierungen in Lateinamerika dar, die in den 2000er Jahren einige soziale Fortschritte durchsetzen konnten.

Die Vielfachkrise wird autoritär bewältigt

Die Finanzkrise von 2008 gilt vielen Beobachter*innen als Initialzündung der Vielfachkrise und der autoritären Wende. Waren anfänglich in vielen Ländern emanzipatorische und solidarische Antworten auf die neoliberale Krise tonangebend – Occupy Wall Street, die Indignados in Spanien, Syriza in Griechenland oder der Arabische Frühling –, so schälten sich parallel dazu zusehends autoritäre Bewältigungsstrategien heraus.

Eine unabhängig von der Parteizugehörigkeit kaum unterscheidbare neoliberale politische Elite setzt seitdem immer stärker auf einen autoritären Neoliberalismus: Abbau partizipativer, demokratischer Institutionen und Prozesse, brachiale Austeritätspolitik und im Zweifelsfall hartes Vorgehen gegen marginale Gruppen und Protest.



Protestkunst in Hongkong (© Studio Incendo)

Im Windschatten davon hat eine andere neoliberale Krisenbewältigungsstrategie Form angenommen: ein reaktionärer, autoritärer Populismus, der auf eine aktive ideologische Mobilisierung der Beherrschten setzt. Dabei werden klassische reaktionäre Ansätze wie Rassismus und Kolonialismus, Antifeminismus oder Nationalismus mit neoliberalen vermischt. Diese verbinden sich zu neuen Ideologien der Ungleichheit. Statt des immer unglaubwürdigeren Versprechens gesellschaftlicher Gleichheit zelebriert der autoritäre Populismus die sozialen Hierarchien geradezu. Er vergöttert „Stärke“ (Waffen, Zynismus, Elon Musk) und verachtet das „Schwache“ (Frauen, Migrant*innen, Arme).

Angesichts einer von breiten Teilen der Bevölkerung geteilten Angst und Ohnmachtserfahrung inmitten der Vielfachkrise verspricht der Autoritarismus in seiner populistisch-reaktionären Form eine Rebellion gegen „die da unten“, gegen die man sich gewaltsam abgrenzt, und „die da oben“, womit nicht die reale Macht adressiert ist, sondern ein als zu weich und schwach wahrgenommenes politisches Personal („die Altparteien“, „Brüssel“, „die Globalisten“). In einer als unsicher und unverständlich wahrgenommenen Welt bietet dies einen Verständnis- und Interpretationsrahmen und identitäre Stabilität.

So sollen die Attacken gegen Gendersternen und trans Personen die Mehrheitsgesellschaft ihrer unumstößlichen Männlichkeit und Weiblichkeit versichern. Parallel zur Vergewisserung „weiß“ oder „Hindu“, „anständig“ oder „Patriot“ zu sein, wohnt diesem Autoritarismus auch ein zutiefst neoliberales, rücksichtsloses Freiheitsversprechen inne. Freiheit wird verstanden als individueller Besitz, der „gegen“ die Gesellschaft verteidigt werden muss, was beispielsweise in den rechten Coronaprotesten zutage trat.



Feministischer Nachtprotest, Istanbul 2020 (© Ate Alpar)

Eine andere Welt vorstellbar machen

Wir sollten allerdings nicht jenen Lesarten auf den Leim gehen, die diese Entwicklungen allein den Frustrationen und Ressentiments der „Abstiegsbedrohten“ und „Globalisierungsverlierer*innen“ in die Schuhe schieben. Diese Form des Autoritarismus ist vor allem deshalb so wirkmächtig, weil die Krise des „liberalen Neoliberalismus“ ganz zentral auch eine Krise der Herrschenden und des Krisenmanagements ist. Seit etwa fünfzehn Jahren zeichnet sich immer klarer eine Auseinandersetzung darüber ab, wie der Kapitalismus in Zukunft gemanagt werden soll. Dieser Disput steht hinter den immer unnachgiebiger geführten Konflikten zwischen



Wandgemälde des Fearless Collective, Indien (© Philippe Calia)

den verschiedenen Fraktionen der Mächtigen samt ihrer politischen Repräsentant*innen. Einig sind sie sich darüber, dass dafür weniger Demokratie gewagt werden soll, was letztlich die Konsequenz aus Christian Lindners Ausspruch „Mehr Milei oder Musk wagen“ wäre.

Dabei sucht die extreme Rechte den Schulterchluss mit den Subalternen und frustrierten Mittelklassen, denen sie Aufmerksamkeit und Gehör verspricht, ohne ihnen jedoch etwas abgeben zu müssen. Stattdessen wird ihre relative gesellschaftliche Position über die Abwertung von Schwächeren aufrechterhalten. In den USA können wir in Echtzeit beobachten, wie nach der Trumpisierung der Republikanischen Partei nun auch die prominenten Vertreter des (Tech-)Kapitals auf diesen Weg setzen. Was bedeutet es, in diesen düsteren Zeiten Hoffnung zu haben? Wir sollten anerkennen, dass die Rat- und Hoffnungslosigkeit ein wichtiger Treiber des Autoritären ist und dass unsere eigenen Ängste und Verunsicherungen vielleicht denen derer, die ins Autoritäre abdriften, nicht gänzlich unähnlich sind. Emanzipatorische, demokratische Gegenstrategien müssen die soziale Malaise ernst nehmen. Es braucht eine Politik, die für Umverteilung, Gerechtigkeit und Anerkennung kämpft und dabei dem emotionalen Appeal des Autoritarismus etwas entgegensetzt.

In einer Zeit, in der sich immer mehr Menschen von der neoliberalen Demokratie abwenden, können Gegenstrategien nicht auf der Verteidigung des Bestehenden verharren, sondern müssen mit Leidenschaft und Radikalität ein anderes Leben und eine andere Welt wieder vorstellbar, wünschenswert und erlebbar machen. Es ist diese Praxis des Hoffens, die Menschen aus der Ohnmacht befreien und ihnen Handlungsmacht zurückgeben kann. Auch wenn wir es angesichts der vielen Schrecken manchmal vergessen: Weltweit, und oft unter widrigsten Umständen, kämpfen unzählige Bewegungen und Individuen für diese andere Welt.

Dr. Börries Nehe koordiniert das Internationale Wissenschaftskolleg zu Autoritarismus und Gegenstrategien an der Uni Potsdam. Eine Langversion des Artikels erschien im Südlink-Magazin 211 von INKOTA zum Thema „Die autoritäre Gefahr“ <https://webshop.inkota.de/suedlink-211-die-autoritaere-gefahr>

Uganda: Erosion ziviler Beteiligungsmöglichkeiten

von Rehema Namaganda, FIAN Uganda

In den vergangenen Jahren hat Uganda eine stetige Erosion des zivilgesellschaftlichen Raums erlebt. Diese ist durch eine zunehmende Einschränkung der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit gekennzeichnet. Seit der Einführung des NGO-Gesetzes 2016 sowie des Gesetzes zur Bekämpfung von Geldwäsche (2019) sehen sich zivilgesellschaftliche Organisationen einem zunehmend restriktiven Umfeld gegenüber. Bürokratische Anforderungen werden erhöht, die Überwachung intensiviert und der Ermessensspielraum staatlicher Aufsichtsbehörden ausgeweitet.

Die Suspendierung von über 50 NGOs im Jahr 2021 – viele davon ohne klare Begründung – war ein abschreckendes Signal für den gesamten Sektor. Betroffen war ein breites Spektrum von Organisationen, die die Regierungsführung kritisch beobachten¹. Als Grund gab die Regierung die Nichteinhaltung des NGO-Gesetzes an. Eine kritische Analyse zeigt jedoch, dass die Suspendierung Teil eines umfassenderen Vorgehens gegen die Zivilgesellschaft war, insbesondere gegen diejenigen, die sich für Menschenrechte einsetzen und Wahlen beobachten. Auch FIAN Uganda sieht sich ständigen administrativen Überprüfungen, verzögerten Genehmigungen und zunehmenden Anforderungen an die Dokumentation gegenüber – auch dann, wenn alle Vorschriften erfüllt werden.

Die Maßnahmen werden oft selektiv angewandt. Besonders heikel in Uganda ist die Arbeit zu Landrechten und der Rechenschaftspflicht von Unternehmen, gerade bei der Vertretung von Rechteinhabenden. Lokale Aktivist*innen sehen sich Einschüchterungen und willkürlichen Verhaftungen ausgesetzt, insbesondere in Gebieten, die von Landraub und der Expansion der Agrarindustrie betroffenen sind. Dieses Umfeld schafft Angst, fördert die Selbstzensur und behindert eine echte Beteiligung an öffentlichen Angelegenheiten.



„Wir brauchen ein Fischereigesetz, das uns schützt“

Strategien für Widerstand und Resilienz von FIAN Uganda

Die Bemühungen von FIAN Uganda, die Stimmen von unten – insbesondere diejenigen von Frauen, Fischergemeinden und Kleinbauern – zu verstärken, werden durch offene Repression und subtilere Formen der Ausgrenzung behindert. In einigen Fällen haben lokale Behörden Versammlungen und Dialoge mit Gemeinden überwacht und dadurch ein Klima der Angst geschaffen. Versuche, staatliche Akteure für die Nichteinhaltung ihrer Verpflichtungen zum Recht auf Nahrung zur Rechenschaft zu ziehen, werden als politisch und nicht als rechtesbasiert bezeichnet.

Trotz dieser Herausforderungen hat FIAN Uganda eine Reihe von Strategien angewandt, um effektiv zu arbeiten und unserer



Frauentag: Austausch von Betroffenen mit den Medien

Mission treu zu bleiben. Erstens arbeiten wir eng mit Basisgruppen zusammen und dokumentieren Verstöße auf lokaler Ebene. Gut belegte Beispiele sind nach wie vor ein wirkungsvolles Mittel der Interessenvertretung – sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene.

Zweitens sind wir strategische Allianzen mit gleichgesinnten Organisationen eingegangen, um Einschüchterungen mit kollektiver Stimme entgegenzuwirken und den zivilen Raum zu schützen. Solche Kooperationen schaffen einen Puffer gegen gezielte Angriffe und ermöglichen gegenseitige Unterstützung. Drittens setzen wir zunehmend kreative Formen der Lobbyarbeit ein: digitale Kampagnen, Theaterstücke mit Betroffenen oder die Nutzung regionaler und internationaler Menschenrechtsmechanismen.

Ein Blick nach vorn

Anlässlich des Internationalen Frauentags im März 2025 arbeitete FIAN Uganda mit Fischerinnen in den Distrikten Wakiso und Mukono zusammen, um deren Kampf gegen militärische Schikanen und den systematischen Ausschluss von der Fischerei zu dokumentieren². In Mediengesprächen und öffentlichen Erklärungen brachten die Frauen mutig ihre Forderung nach Gerechtigkeit und gleichberechtigtem Zugang zu Ressourcen zum Ausdruck und machten ihre Notlage einem nationalen und internationalen Publikum deutlich.

Zwar ist der schrumpfende Raum für die Zivilgesellschaft in Uganda real und zutiefst besorgniserregend. Doch die Entwicklung hat auch innovative Formen von Widerstand und Solidarität hervorgebracht. FIAN Uganda setzt sich weiterhin für das Recht auf Nahrung ein, unterstützt die Kämpfe an der Basis und sagt den Mächtigen die Wahrheit. Wir glauben, dass ein sinnvoller Wandel möglich ist, wenn er sich auf die Stimmen lokaler Gemeinden stützt und durch kollektives Handeln gestärkt wird.

1 siehe AL Jazeera: <https://tinyurl.com/bdhsn59z>

2 siehe Website FIAN Uganda: <https://tinyurl.com/3xf7xj8w>

Ecuador: Verteidigung von Menschenrechten in Risikokontexten

von Pastoral Social C ritas Ecuador und FIAN Ecuador

Menschenrechtsverteidiger*innen sowie bäuerliche, indigene und ökologische Bewegungen in Ecuador sind hochgradig geführt, vor allem durch Bergbauprojekte, strukturelle Gewalt und Kriminalisierung. Ihre Arbeit findet zunehmend in risikobehafteten Umfeldern statt. Ein Bündnis aus Zivilgesellschaft, staatlichen Institutionen und internationaler Zusammenarbeit forderte eine partizipative Untersuchung zu den Ursachen dieser Entwicklung sowie eine staatliche Schutzpolitik. Die Ergebnisse wurden nun vorgestellt.

Die Untersuchung, die in Zusammenarbeit mit Menschenrechtsverteidiger*innen aus dem ganzen Land durchgeführt wurde, identifizierte zahlreiche Bedrohungen: Einschränkungen der Vereinigungsfreiheit, körperliche Angriffe, erzwungene Umsiedlungen, Kriminalisierung, Strafverfolgung und in einigen Fällen sogar Morde. Die Vorfälle wurden aus verschiedenen Regionen des Landes gemeldet – insbesondere dort, wo extraktive Aktivitäten, Landkonflikte und soziale Spannungen zusammentreffen. Allein im Zeitraum der Erstellung der Analyse wurden mindestens neun ermordete Menschenrechtsverteidiger*innen und 15 Fälle vorübergehender Umsiedlung dokumentiert.

Repression durch staatliche und private Akteure

Die Interviews zeigen, dass Verfolgung und Gefahren besonders im Rahmen sozialer Proteste, Gemeindetreffen, Gesprächen mit Behörden und in Prozessen der Rechtswahrnehmung zunehmen. Hauptverantwortlich sind die Nationalpolizei, das Militär, öffentliche Behörden, traditionelle Medien, Privatunternehmen und kriminelle Gruppen. Viele Betroffene leiden unter gravierenden psychischen Belastungen und emotionalem Stress. Daher besteht dringender Bedarf an rechtlichem Beistand und psychosozialer Unterstützung. Für temporäre Umsiedlungen in akuten Gefahrensituationen werden finanzielle Mittel benötigt. Die Forderungen spiegeln das kollektive Bestreben wider, trotz widriger Umstände sicher und würdig weiterarbeiten zu können.



Vorstellung des Berichts

Menschenrechtsverteidiger*in: ein risikobehafteter Begriff

Ein weiteres zentrales Ergebnis der Untersuchung ist, dass viele betroffene Personen sich selbst nicht mit dem Begriff Menschenrechtsverteidigung identifizieren. Grund dafür ist das mit dem Begriff verbundene Stigma sowie die damit einhergehenden Risiken. Dies unterstreicht die Notwendigkeit von Bildungs- und Sensibilisierungsprozessen sowie die Schaffung rechtlicher



Protestmarsch des Red de Mujeres Rurales

Rahmenbedingungen, die die Vielfalt an Erfahrungen und gemeinschaftlichen Verteidigungsstrategien anerkennen. Auch wird der Wert von Organisation, Unterstützungsnetzwerken und Solidarität als Bestandteile eines kollektiven Schutzes hervorgehoben.

Dialog mit staatlichen Institutionen

Im Verlauf der Untersuchung wurden auch Interviews mit zentralen staatlichen Akteuren wie der Ombudsstelle (Defensor a del Pueblo de Ecuador) und der Generalstaatsanwaltschaft geführt. Diese zeigten Möglichkeiten zur Stärkung institutioneller Kapazitäten und zur besseren Koordination auf. Aus den gewonnenen Erkenntnissen ergibt sich die Notwendigkeit, spezifische und kontextgerechte Mechanismen zu schaffen, welche wirksame Reaktionen ermöglichen.

Die Untersuchung betont die zentrale Bedeutung eines umfassenden Schutzrahmens – auf der Grundlage von Dialog und lokaler Arbeit, mit einem menschenrechtsbasierten Ansatz und unter Anerkennung von Vielfalt. In diesem Sinne wird die Notwendigkeit bekräftigt, gemeinsame Maßnahmen zur Ausarbeitung und Umsetzung einer öffentlichen Schutzpolitik voranzutreiben. Diese muss sowohl präventive Maßnahmen als auch Notfall-Mechanismen umfassen und mit angemessenen Ressourcen ausgestattet sein. Sie muss mit internationalen Menschenrechtsverpflichtungen sowie mit der ecuadorianischen Verfassung und Gesetzgebung im Einklang stehen.



QR-Code: die komplette Analyse auf Spanisch sowie eine Zusammenfassung und Interviews auf Spanisch und Englisch

Lateinamerika: Zivilgesellschaft unter Druck

von Magdalena Bordagorry

In Lateinamerika zeigt sich ein alarmierender Trend: Der zivilgesellschaftliche Raum schrumpft zunehmend. Die Region gilt nicht nur als die ungleichste der Welt, sondern auch als die gefährlichste für Menschenrechtsverteidiger*innen. Regierungen, Unternehmen und kriminelle Netzwerke setzen juristische, administrative, technologische und auch gewaltsame Mittel ein, um kritische Stimmen zu unterdrücken.

Laut dem aktuellen Bericht des EU-LAT-Netzwerks „Situation des zivilgesellschaftlichen Raums in Lateinamerika“ breiten sich autoritäre Tendenzen aus, während die Rechtsstaatlichkeit zunehmend ausgehöhlt wird. In vielen Ländern äußert sich das in der Unterdrückung sozialer Proteste, der Kriminalisierung von Aktivist*innen, verstärkter Überwachung, Militarisierung und Gesetzen zur Einschränkung grundlegender Freiheiten. Die Entwicklung tritt besonders dort auf, wo Ungleichheit, Straflosigkeit, schwache Institutionen und soziale Unzufriedenheit zusammentreffen.

NGO-Gesetze weit verbreitet

Der Bericht beschreibt besorgniserregende Trends, die zur Schließung des zivilen Raums beitragen. So nimmt der Gebrauch von Narrativen zu, die kritische Stimmen delegitimieren und Aktivismus oder Widerspruch als Bedrohung der nationalen Sicherheit darstellen. Regierungen – oft gemeinsam mit nahestehenden Medien – diffamieren NGOs, Oppositionelle und Journalist*innen. Häufige Vorwürfe sind: Verschwörung mit ausländischen Mächten, Unterstützung internationaler politischer Agenden oder der Versuch, das Land zu destabilisieren. Besonders bedenklich ist die Verbreitung sogenannter „Anti-NGO“-Gesetze, welche die Finanzierung und Arbeit von Organisationen, die sich für Grundrechte einsetzen, massiv behindern. Beispiele dafür sind Nicaragua, Venezuela, Guatemala, Ecuador, Paraguay sowie das neue Gesetz über ausländische Agenten in El Salvador oder die Änderungen am APCI-Gesetz in Peru.



Ecuador: Protest gegen Bergbauprojekt in Kimsachocha

Digitale Technologien im Einsatz

Hinzu kommt ein zunehmender Machtmissbrauch durch die Exekutive. Dazu zählen Wahlfälschungen, das Verbot von Oppositionskandidaturen und die Einflussnahme auf Wahlbehörden. In Honduras, El Salvador, Nicaragua und Peru wurden solche Maßnahmen umgesetzt, darunter verlängerte

Notstandsregelungen infolge der Pandemie, eine Politik der „harten Hand“ sowie Justizreformen, die faire Verfahren und richterliche Unabhängigkeit untergraben. Die Einschränkung bürgerlicher Freiheiten wird dadurch zunehmend zur Normalität. Finanzeliten und wirtschaftlich dominante Akteure – sowohl legale als auch illegale – profitieren von dieser Entwicklung. Neue Technologien verstärken die Repression. Digitale Überwachung, Spionagesoftware wie Pegasus und gezielte Desinformationskampagnen erleichtern die Verfolgung von Journalist*innen, Aktivist*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Die Erosion multilateraler Strukturen und der Rückgang internationaler Schutzmechanismen schwächen den Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft zusätzlich. Besonders stark betroffen sind indigene Gemeinschaften, Umweltschützerinnen, Frauen und LGBTIQ-Personen – vor allem, wenn sie sich gegen Rohstoffprojekte engagieren. Die Instrumentalisierung der Justiz ermöglicht ihre Kriminalisierung, während staatliche und wirtschaftliche Menschenrechtsverletzungen oft straffrei bleiben.

Europa hat zentrale Rolle

Die Lage für Menschenrechte und Demokratie in der Region ist besorgniserregend. Die Situation wird verschärft durch den Rückzug wichtiger internationaler Akteure: Die USA demonstrieren ihre Entwicklungsagentur USAID, während mehrere europäische Staaten ihre Entwicklungszusammenarbeit kürzen. So plant Frankreich eine Reduzierung um bis zu 40 Prozent bis 2025, Belgien kündigte Kürzungen um 25 Prozent an, und auch Schweden streicht massiv.

Gerade jetzt wäre ein starkes europäisches Engagement wichtig. Die EU sollte ihre Verantwortung für Demokratie, Menschenrechte und internationale Solidarität ernst nehmen – auch im Sinne der „Neuen Agenda für die Beziehungen zwischen der EU und Lateinamerika und der Karibik“ von 2023. Der Schutz zivilgesellschaftlicher Räume muss darin als zentrale Priorität verankert sein. Jede Gelegenheit sollte genutzt werden, um deutlich zu machen: Ein offener und sicherer ziviler Raum ist essenziell für inklusive Demokratien.

In einer Zeit globaler Krisen, wachsender Repression und zunehmender Herausforderungen braucht es nicht weniger, sondern mehr Unterstützung für zivilgesellschaftliches Engagement. Es stellt sich die zentrale Frage: Wird Europa seine Rolle als Partner für Menschenrechte und Demokratie in Lateinamerika weiter wahrnehmen – oder sich zurückziehen?

Magdalena Bordagorry ist Koordinatorin für Politik und Netzwerkarbeit im EU LAT-Netzwerk

Link zum Bericht: <https://eulatnetwork.org/report-on-the-state-of-civic-space-in-latin-america-guatemala-honduras-el-salvador-nicaragua-peru-and-ecuador>

UN Special Rapporteurs warnen vor Bedrohung für Zivilgesellschaft

von Noa Seidensticker

Mehrere UN-Sonderberichterstatter*innen beschäftigen sich aktuell mit dem Schrumpfen zivilgesellschaftlicher Spielräume. In ihren Berichten betonen sie die Herausforderungen und Gefahren, welche die Arbeit von Aktivist*innen und Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit einschränken.

Gina Romero, Sonderberichterstatterin für das Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigung, analysiert in ihrem 2024 veröffentlichten Bericht die zunehmend feindseligen Narrative gegenüber Protesten und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Solche Narrative stellen Aktivist*innen oft fälschlich als Sicherheitsbedrohung dar, was autoritäre Tendenzen verstärkt und zu gravierenden Einschränkungen der Versammlungsfreiheit führt. Besonders stark betroffen sind Frauen, Jugendliche oder Umweltaktivist*innen. Romero fordert von den Staaten, solche diskriminierenden Narrative zu bekämpfen und zivilgesellschaftliches Engagement als einen wichtigen Bestandteil demokratischer Gesellschaften anzuerkennen. Dabei spielt „Hope-Based Communication“, also die Vermittlung von Hoffnung durch positive Geschichten, eine zentrale Rolle. Auch digitale Plattformen stünden in der Verantwortung, schädliche Narrative nicht zu unterstützen.

Einschränkungen auch in Europa

Eine besonders gefährdete Gruppe innerhalb der Zivilgesellschaft sind Umweltaktivist*innen. Michel Forst, UN-Sonderberichterstatter für Umweltaktivist*innen beschreibt in seinem Bericht „Unterdrückung von Umweltprotesten von zivilem Ungehorsam“ die zunehmende Kriminalisierung von friedlichem Umweltaktivismus – gerade auch in Europa. Er warnt davor, die Mobilisierung für Umwelthanliegen als Vorwand zu nutzen, um zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraum einzuschränken. Schon gar nicht dürften Maßnahmen erfolgen, die eigentlich dem Kampf gegen Terrorismus oder der organisierten Kriminalität dienen. Stattdessen müssten die Ursachen der Proteste ernst genommen und die Rechte auf Meinungsfreiheit, Versammlung und Vereinigung konsequent geschützt werden.

Medien und Umweltschutz unter Druck

Oftmals sind zivilgesellschaftliche Akteur*innen massiver Gewalt und Einschüchterung ausgesetzt. Ein Beispiel hierfür liefert Irene Khan, Sonderberichterstatterin für Meinungsfreiheit, in ihrem Bericht zu Honduras. Nach ihrem Besuch im Oktober 2023 berichtete sie von Gewalt und Drohungen gegenüber Medien und Menschenrechtsverteidiger*innen. Die weit verbreitete Straflosigkeit verschärfe die Situation zusätzlich. Zwar erkennt Khan die Dialogbereitschaft der Regierung an, doch seien tiefgreifende Reformen im nationalen Schutzsystem und wirksame Ermittlungen in Fällen von Gewalt notwendig. Sie empfiehlt eine Stärkung von Medienfreiheit und Pluralismus, etwa durch die Förderung von Community-Medien.

Einen weiteren wichtigen Aspekt führt Mary Lawlor, UN-Sonderberichterstatterin für Menschenrechtsverteidiger*innen, an: die Rolle und die besondere Verwundbarkeit von Kindern und Jugendlichen. Diese tragen mit innovativen Ansätzen maßgeblich zur Menschenrechtsarbeit bei – etwa in den Bereichen Klimagerechtigkeit, Gleichstellung oder digitale Rechte – und sind zugleich besonders hohen Risiken ausgesetzt. Sie werden



Foto: Jason Leung

häufig nicht ernst genommen, stigmatisiert oder kriminalisiert und erleben Repression, Überwachung oder sogar physische und sexualisierte Gewalt, offline wie online. Besonders betroffen sind mehrfach marginalisierte Gruppen wie Mädchen, LGBTQ-Jugendliche sowie indigene und rassifizierte junge Menschen. Lawlor fordert, deren Arbeit aktiv zu schützen und zu fördern.

Frauen besonders betroffen

Bereits im vorangegangenen Jahr hatte Lawlor sich mit der besonders gefährdeten Gruppe der weiblichen Menschenrechtsverteidigerinnen (WHRDs) beschäftigt. In ihrem Bericht betont Lawlor, dass Frauen als Menschenrechtsverteidigerinnen – insbesondere in Konflikt- und Nachkonfliktsituationen – unter hohem persönlichem Risiko stehen. Sie werden gezielt angegriffen, oft mit sexualisierter Gewalt, insbesondere wenn sie patriarchale Machtverhältnisse oder staatliche Gewalt kritisieren. Lawlor fordert geschlechtergerechte Schutzmechanismen, die stärkere Einbindung von WHRDs in Friedensprozesse und die konsequente Bekämpfung von Straflosigkeit. Insgesamt zeichnen die Berichte ein deutliches Bild: Der Raum für zivilgesellschaftliches Engagement wird weltweit enger. Stigmatisierung, Repression und Gewalt gefährden nicht nur die Rechte der Betroffenen, sondern auch demokratische Gesellschaften insgesamt. Die *Special Rapporteurs* rufen Staaten, internationale Organisationen und die Gesellschaft zu entschlossenem Handeln auf, den negativen Entwicklungen entgegenzuwirken und die Rechte auf Meinungsfreiheit, Versammlung und Beteiligung nachhaltig zu sichern.

Noa Seidensticker studiert Ernährungswissenschaften in Bonn. Im Frühjahr 2025 hat sie ein dreimonatiges Praktikum bei FIAN absolviert.

Herausfordernde Situation in Ostdeutschland

von Franziska Weiland und Andreas Rosen

Seit den Landtagswahlen im September 2024 stehen viele entwicklungspolitisch Aktive in Ostdeutschland vor einer ernüchternden Realität: Die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen haben sich noch einmal spürbar verschärft. Während rechtsextremistische Positionen weiter an Einfluss gewinnen, verlieren entwicklungspolitische Perspektiven an Rückhalt. Die Bundestagswahl hat diese negativen Entwicklungen nun beschleunigt. Dies hat Folgen: für Projekte, Förderungen, Vereine und Menschen, die sich für globale Gerechtigkeit einsetzen.

Die Zivilgesellschaft im Osten Deutschlands arbeitet unter erschwerten Bedingungen: Weniger Zustimmung zu Entwicklungszusammenarbeit in der Bevölkerung, geringere Durchschnittsspenden, weniger Fördermittel auf Landesebene, geringere NRO-Dichte, mehr rechtsextreme und rassistische Übergriffe und Straftaten sowie mehr autoritäre Haltungen – auch und gerade bei jungen Menschen. Das ist keine neue Erkenntnis. Aber eine, die sich laut der aktuellen Leipziger Autoritarismusstudie dramatisch zuspitzt.

Die Wahlergebnisse in Ostdeutschland zeigen nicht nur, dass jede dritte Person eine rechtsextremistische Partei gewählt hat. Sie führen auch zu einer Zunahme politisch motivierter Straftaten und dem Anstieg von politisch motivierter Kriminalität. Zum Beispiel in Regionen wie dem Landkreis Sonneberg, wo 2023 erstmals ein AfD-Landrat gewählt wurde. Dort haben sich rechtsextreme Straftaten seither vervielfacht. Eine Zunahme rechtsextremer Gewalt ließ sich auch für Görlitz nach den Landtagswahlen von 2024 beobachten. Unmittelbar nach den Erfolgen der AfD bei den Bundestagswahlen gab es in Städten wie Senftenberg und Stahnsdorf rechtsextreme Übergriffe auf eine Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete und auf einen Jugendclub.

Auswirkungen auf entwicklungspolitische Arbeit

Im Rahmen einer Spontanabfrage der Stiftung Nord-Süd-Brücken bei einigen ostdeutschen Antragsteller*innen, ob sich ihre Situation nach den Wahlen verändert habe, berichteten Vereine von verstärkter Einschüchterung, mehr rechtsextremen Schmierereien sowie Übergriffen. Zwei Vereine verwiesen auf menschen- und demokratiefeindliche Beispiele bei ihrer entwicklungspolitischen Bildungsarbeit an Schulen.

Auch wurden mehrere Beispiele genannt, wie die extreme Rechtsverschiebung auf kommunaler Ebene entwicklungspolitische

Anliegen und Kulturangebote zunehmend verhindert. So wurde im sächsischen Freiberg die Einrichtung einer Stelle für die Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit den Stimmen von AfD und CDU im Stadtrat verhindert, obwohl eine 90-prozentige Förderung durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) bereits bewilligt war. Weitere Vereine berichteten von Manövern der AfD, der Zivilgesellschaft auf kommunaler Ebene die Gelder vorzuenthalten und Vereine zu delegitimieren, unter anderem in Wurzen bei Leipzig, Mittweida/Sachsen, Sömmerda/Thüringen und Greifswald. Erschwerend kommt für die entwicklungspolitische Arbeit nach den Landtagswahlen hinzu, dass zum einen die Haushalte in Brandenburg und Sachsen noch nicht verabschiedet sind und zum anderen aufgrund der Sparpläne viele zivilgesellschaftliche Förderprogramme dramatisch gekürzt wurden. Die Folge ist, dass zivilgesellschaftliche und entwicklungspolitische Träger ihre Projekte und Programme verschieben und mit weniger Personal umsetzen müssen. Auch haben die schlechten Wahlergebnisse für die demokratischen Parteien in den drei Ländern (vor allem für Grüne, Linken und SPD) zur Folge, dass es weniger politische Fürsprache gibt. Das bereitet gerade den entwicklungspolitischen Landesnetzwerken bei deren politischer Verbandsarbeit große Sorgen.

„Shrinking Space“ in Ostdeutschland...

Viele Regionen in Ostdeutschland sind selbst ein „Shrinking Space“: Es gibt kaum andere geografische Räume in Deutschland, in denen der demografische Wandel, die Überalterung, die „demografische Maskulinisierung“, der Abbau von Daseinsvorsorge (dem auch das Vereinssterben innewohnt) und die politische Radikalisierung so eng miteinander verwoben sind. Diese Faktoren entziehen zivilgesellschaftlichen Akteuren buchstäblich die Luft zum Atmen.



...und tapfere Initiativen

Das soll jedoch nicht heißen, dass es kein zivilgesellschaftliches Engagement gibt: So hat gerade die Zeit vor den Wahlen gezeigt, wie mutig und aktiv Teile der Zivilgesellschaft sind und wie es gelingen kann, sich kommunal oder bundeslandübergreifend zu vernetzen und der gesellschaftspolitischen Situation zu trotzen! #nordhausenzusammen, Weltoffenes Thüringen oder #unteilbarMV sind nur drei Beispiele. Was wir von diesen Initiativen und der ostdeutschen Zivilgesellschaft lernen können: Es braucht den direkten Kontakt auch mit Skeptiker*innen und Gegner*innen unserer globalen Werte und Themen. Es braucht die Bereitschaft, miteinander zu ringen, sich blutige Nasen zu holen, Grenzen zu überschreiten und Komfortzonen zu verlassen. Es sind Vereine wie die Freiburger Agenda 21, goals connect aus dem Saale-Orla-Kreis oder der ASB Sömmerda, die versuchen, mit den Menschen über entwicklungspolitische Themen ins Gespräch zu kommen und Schnittmengen auszubauen.

Was sollten wir jetzt tun?

In der zivilgesellschaftlichen Debatte plädieren wir für einen Perspektivwechsel: Ostdeutschland darf nicht länger als bloße Peripherie betrachtet werden. Vielmehr, wie der Soziologe Steffen Mau zurecht sagt, könnte Ostdeutschland in mancherlei Hinsicht ein Labor für neue demokratische Beteiligungsformen werden. Mit Blick auf Entwicklungspolitik und Globales Lernen bedeutet dies, dass entwicklungspolitische Themen nur dann gesellschaftlich relevant und erfolgreich werden, wenn sie Antworten auf die drängenden sozialen Fragen, auf die tatsächlichen und gefühlten Verunsicherungen, auf die Transformationsmüdigkeit vieler Menschen vor Ort in Kommunen, Stadtteilen und ländlichen Räumen finden.

Voraussetzung dafür ist allerdings die Bereitschaft, dass wir uns und unsere Botschaften sowie die oftmals sperrige und ausgrenzende Art der Sprache hinterfragen: Werden wir in der entwicklungspolitischen Kommunikation überhaupt verstanden – sprachlich und inhaltlich? Welchen Mehrwert hat Entwicklungspolitik für eine auf Hilfe angewiesene Seniorin aus Bitterfeld? Oder für eine junge Familie aus dem Brandenburgischen? Oder für einen Bürgermeister in Stendal? Wie verknüpfen wir Themen von globaler Gerechtigkeit mit denen von sozialer Gerechtigkeit, um uns Gehör und Relevanz zu verschaffen?



Kundgebung in Wurzen im März 2024 (© SNSB)



Demo „Neuruppin bleibt bunt“ am 2. Juni 2024 (© SNSB)

Wir brauchen zudem einen Strategie-Wechsel: Weg davon, uns an der AfD und ihren Provokationen abzarbeiten, an ihrem Narrativ der Angst und ihrer rassistischen Migrationspolitik. Ein Beitrag entwicklungspolitischer Vereine könnte es sein, positiv besetzte Geschichten der Migration zu kommunizieren: Dass Migration natürlich ist, dass sie Teil deutscher, europäischer und weltweiter Geschichte ist, dass sie die Antwort auf viele Probleme dieser Gesellschaft – vor allem auch im Osten – sein kann, dass eine offene Gesellschaft und Asyl Kennzeichen einer lebenswerten Gesellschaft sind.

Resilienz und Solidarität

Bei verschiedenen Treffen zivilgesellschaftlicher Akteure und Initiativen in Ostdeutschland wurde zuletzt betont, dass die eigenen Strukturen resilienter werden müssen. Ähnlich wie beim Kampf gegen den Klimawandel geht es auch beim Kampf gegen den gesellschaftlichen und politischen Wandel darum, sich den härter werdenden Bedingungen besser anzupassen. Organisationen müssen robuster werden.

Dafür ist Solidarität aus dem Westen und großen Städten notwendig. Menschen und Organisationen mit Privilegien, die unter relativ guten Bedingungen arbeiten, müssen sich überlegen: Wie kann unser solidarischer Beitrag mit Engagierten in Regionen und an Orten aussehen, die stärker unter Druck stehen? Zur größeren Resilienz kann auch der Austausch mit Aktiven aus anderen Bundesländern und international beitragen, wo die extreme Rechte schon deutlich weiter ausgeprägt ist oder war (z.B. Österreich, Niederlande, Italien, Frankreich, Polen, Ungarn, USA), um von ihnen zu lernen, wie mit den extremen Entwicklungen umgegangen werden kann, welche Strategien und Erfolge gegebenenfalls erfolgreich und übertragbar sind. Solidarität, Resilienz und strategisches Handeln – das ist jetzt unser Auftrag, um entwicklungspolitische Initiativen und Akteure in Ostdeutschland zu unterstützen. Wer hier wirksam ist, stärkt nicht nur regionale Strukturen, sondern entwickelt Antworten auf Herausforderungen, die bundesweit an Bedeutung gewinnen. Gerade unter Druck entsteht Innovation. Das Engagement in Ostdeutschland kann zur Blaupause für die gesamte entwicklungspolitische Inlandsarbeit in Deutschland werden.

Franziska Weiland ist Co-Geschäftsführerin des Eine Welt Netzwerk Thüringen. Andreas Rosen ist politischer Geschäftsführer der Stiftung Nord-Süd-Brücken.

Entwicklungsbank DEG: problematisches „Win-win-Narrativ“

von Roman Herre

Die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) hat den öffentlichen Auftrag, als Finanzierer der Privatwirtschaft die Entwicklungspolitik des Bundes zu flankieren. Sie hat ein unglaubliches Wachstum hingelegt. Die Gewinne stammen aus den Ländern, in denen sie Entwicklung ankurbeln soll. Die Bank steht damit beispielhaft für den Konflikt zwischen Gewinnmaximierung und gemeinnützigem Auftrag.

2001 wurde die DEG vom Bund an die KfW-Bankengruppe übergeben. Sie wirtschaftet seitdem eigenständig mit dem ehemals vom Bund bereitgestellten Geld. Sie „verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke“ und ist von Steuern befreit. Seitdem schreibt die Bank eine fast unglaubliche Erfolgsgeschichte: Ihre Gesamtinvestitionen wuchsen von einer auf heute über elf Milliarden Euro. Wohl kaum eine private Bank hat eine solches Wachstum hingelegt.

Dies wirft die Frage auf, wie eine „selbstlos“ tätige Bank derart erfolgreich sein kann. Die Zahlen widersprechen auch dem eigenen Anspruch, dass die DEG in Kontexten investiert, in die sich private Investoren ob des Risikos nicht trauen. Die Zahlen signalisieren vielmehr einen erheblichen Interessenskonflikt zwischen der Gewinnabsicht der DEG und ihrem entwicklungspolitischen Auftrag – zu Lasten der Zielgruppe der Entwicklungspolitik, den armen Bevölkerungsschichten im Globalen Süden.



Protestaktion vor der DEG

Mangelnde Transparenz: Finanzierung über Intermediäre

Die DEG finanziert heute nur noch wenige Unternehmen direkt. Den bedeutenderen Teil ihres Geschäfts wickelt sie über sogenannte Finanzintermediäre ab, also andere Banken und Investmentfonds. Diese reichen das Geld weiter an die Privatwirtschaft. Von den Neuzusagen im Jahr 2023 (insgesamt 1,9 Milliarden Euro) entfielen lediglich 23 Prozent auf Firmen. Fast drei Viertel entfielen auf Intermediäre, darunter Banken (39 Prozent), Fonds (25 Prozent) und Projekte. Insbesondere diese Finanzierungen der DEG sind kaum nachzuvollziehen: Durch die „Zwischenhändler“ wird verschleiert, wo und wie das Geld eine entwicklungspolitische Wirkung entfalten soll und wer von den Geldern profitiert.

Besonders problematisch: Etwa zwei Drittel der Fondsbeteiligungen und etwa ein Drittel der direkten Unternehmensbeteiligungen gingen 2022 an Offshore-Finanzplätze (OFCs), allen voran die Kaimaninseln und Mauritius. Anzahl und Volumen der Finanzierungen in OFCs wachsen stetig an: 2016 hielt die DEG 113 Beteiligungen mit einem Volumen von 0,7 Milliarden Euro. 2023 waren es 179 Beteiligungen mit einem Volumen von 1,5 Milliarden Euro.

Welche problematischen Geschäfte hinter dem intransparenten Gebaren schlummern können, haben die *Pandora Papers* gezeigt, das bis dato größte Datenleck aus Steueroasen. Hierin wurden Details zu einem DEG-Kredit an die zentralamerikanische Bank Promerica bekannt. Der vertragliche Finanzierungszweck war der Kauf von Anteilen an weiteren Banken in Lateinamerika – in einer Region mit einem überbordenden Finanzsektor, der als Drehkreuz für Geldwäsche bekannt ist. Mit dem Kredit wurde auch keine entwicklungspolitisch relevante Finanzierungslücke geschlossen. In erster Linie profitierte davon Ramiro Ortiz Mayorga, ein Multimilliardär aus Nicaragua. Mehr noch: 2017 wurde eine Reihe von Banken in Panama wegen Verstößen gegen Antigeldwäschegesetze bestraft. Die größte Strafe entfiel ausgerechnet auf eine Bank, an der die DEG selbst jahrelang beteiligt war.

Umwelt- und entwicklungsschädliche Kredite

Im Agrarsektor finanziert die DEG immer wieder große Agrarunternehmen. Seit 2013 hält sie beispielsweise 15,8 Prozent des Luxemburger Agrarinvestors PAYCO. Dieser betreibt Landwirtschaft, Viehzucht und Holzwirtschaft in Paraguay und ist mit weit über 100.000 Hektar einer der größten Landbesitzer vor Ort. FIAN dokumentierte mehrere Landkonflikte mit der lokalen Bevölkerung.

In Sambia finanzierte die DEG das größte Agrarunternehmen Zambeef. Auch hier geht es um über 100.000 Hektar Land. Auf den Farmen kam es immer wieder zu gewaltsamen Vertreibungen und Menschenrechtsverletzungen. Im Kongo ist die DEG Konfliktpartei bei einem langen Landkonflikt, der noch auf die Kolonialzeit zurückgeht, als der Konzern Unilever im damaligen Belgisch-Kongo auf 100.000 Hektar riesige Plantagen anlegte. Im Jahr 2015 finanzierte die DEG das Unternehmen PHC, das die ehemaligen Unilever-Plantagen übernommen hat. Der Darlehensvertrag wurde 2024 durch ein Gerichtsverfahren in den USA öffentlich. Er enthüllte, dass die europäischen Entwicklungsbanken, inklusive DEG, die Rückgabe von fast 60.000 Hektar Land an die Gemeinden vor Ort verhindert haben. Die DEG steht damit beispielhaft für eine Dynamik bei Entwicklungsbanken hin zu Investitionen in komplizierte Beteiligungsgeflechte. Hierdurch verstärken sie jedoch eine strukturelle Ursache der anhaltenden Hunger-, Klima- und Biodiversitätskrisen: die wachsende Ungleichheit und den gewaltigen Vermögenszuwachs weniger zu Lasten der breiten Bevölkerung. Sie verhindern damit echte und dringend notwendige Transformationen.

Entwicklungsbanken sollten daher auf Investitionen in Steueroasen möglichst ganz verzichten und Fondsfinauzierungen stark reduzieren. Denn letztendlich muss allen klar sein: Je stärker die Entwicklungshilfe in den Bereich des internationalen Finanzkapitals abdriftet, desto mehr wird sie dessen Logik und Arbeitsweise übernehmen. Diese Dynamik ist entwicklungspolitisch kontraproduktiv.

Neue Entwicklungen im Kaweri-Fall: Never ending story?

von Gertrud Falk

Hoffnung, Stillstand, Enttäuschung, Hoffnung, Bemühen, Stillstand, kleiner Erfolg, Rückschritt, Enttäuschung, kleiner Erfolg.... Seit nunmehr 23 Jahren führen die Vertriebenen der *Kaweri Coffee Plantation* einen Gerichtsprozess gegen die ugandische Regierung und das Tochterunternehmen der Neumann Kaffee Gruppe (NKG) auf Wiedergutmachung ihrer brutalen Vertreibung. Nur aufgrund ihres hartnäckigen Kampfs und unnachgiebiger Unterstützung hat der ugandische Staat Anfang des Jahres erste Entschädigungsbeträge ausgezahlt. Die NKG wäscht ihre Hände weiterhin in Unschuld.

Die Ignoranz des Hamburger Kaffeekonzern ist beschämend. Er weist nicht nur jegliche Verantwortung für die gewaltsame Vertreibung und die ausbleibende Wiedergutmachung von sich. Er hat bisher nicht einmal das Gespräch mit den Vertriebenen gesucht. Noch unfassbarer ist die Haltung der Bundesregierung, die der NKG den Rücken stärkt. Das Unternehmen habe mit der Vertreibung nichts zu tun – so der deutsche Botschafter in einem Gespräch mit FIAN-Referentin Gertrud Falk und ihrer ugandischen Kollegin Miriam Namaganda im März 2023. Die Bundesregierung ignoriert damit ihre Pflicht, Menschen in anderen Staaten vor Menschenrechtsverletzungen durch deutsche Unternehmen zu schützen.

Kontinuierliche Verschleppung des Verfahrens

Die ugandische Justiz scheint offensichtlich von der Regierung gesteuert zu werden. Das Gerichtsverfahren wird nicht zuletzt durch Richter und Staatsanwaltschaft verschleppt, die nicht oder unvorbereitet zu Gerichtsterminen erscheinen. Allein 2024 sind vier anberaumte Verhandlungen ausgefallen, weil der Richter nicht erschienen ist.

Auf Anordnung des Richters hatten sich die drei Parteien im Gerichtsverfahren 2019 an einen Tisch gesetzt, um eine gütliche Einigung auszuhandeln. Die Staatsanwaltschaft bot nach zähen Verhandlungen schließlich eine finanzielle Entschädigung an: der zerstörte Besitz wurde zum Zeitpunkt der Vertreibung in Wert gesetzt, zuzüglich einer Pauschale für Anwaltskosten. Die Neumann Kaffee Gruppe hat dagegen bis heute keine Entschädigung angeboten.

FIAN macht Druck

Im April 2021 haben 258 Kläger*innen das Angebot der Staatsanwaltschaft angenommen. Die gesamte Entschädigungssumme für sie beträgt rund drei Millionen Ugandische Schilling (3.081.608.600 Uganda-Schilling), was rund 738.600 Euro entspricht. 143 Kläger*innen haben diese Entschädigung als



Vertriebene überreichen im Regierungsgebäude Unterlagen für die Entschädigung

zu gering abgelehnt. Der Richter setzte die gütliche Einigung für die 258 Kläger*innen im Februar 2022 in Kraft und ordnete an, dass die Entschädigung bis zum 30. Juni 2022 ausgezahlt werden müsse. Doch die Regierung ließ diese Frist verstreichen. Sie habe den Betrag nicht im laufenden Haushalt eingeplant. FIAN hat daraufhin zusammen mit den Vertriebenen eine Demonstration vor der Staatsanwaltschaft organisiert und den deutschen Botschafter um Unterstützung gebeten. Erfolgreich war die an die Parlamentariergruppe Östliches Afrika des Bundstags gerichtete Bitte, bei ihrer geplanten Reise nach Uganda auch mit den Vertriebenen vor Ort in Mubende zu sprechen. Doch die ugandische Regierung stellte nun behördliche Hürden in den Weg und verlangt Identitätsnachweise, Bankkonten, Sterbeurkunden und Erbscheine – keine Selbstverständlichkeit für arme Familien ohne Englischkenntnisse.

Erste Entschädigungen nach 24 Jahren

Nur mit intensiver Unterstützung von FIAN Uganda und seiner Partnerorganisation NETPIL, die ohne Honorar Betroffene von Menschenrechtsverletzungen juristisch unterstützen, haben seit dem Januar diesen Jahres 125 der 258 Familien die Hürden überwunden und die zugesagte Kompensation erhalten. Ein Erfolg mit einem lachenden und einem weinenden Auge: Die Entschädigung ist nur aufgrund jahrelangen internationalen Drucks erzielt worden. Sie lässt Inflation, medizinische Behandlungskosten, erlittenes Leid etc. außer Acht. Und ohne die kostenlose Unterstützung der Berechtigten wären die Beträge nicht ausgezahlt worden. „Wir haben viel gelitten, wir haben alles verloren – diese Entschädigung ist symbolisch. Da ich in Armut lebe, kann ich sie nicht ablehnen“, bringt es ein Betroffener auf den Punkt. Das Gerichtsverfahren der 143 Familien, die diese Kompensation nicht angenommen haben, wird derweil weiter verschleppt.



Vertriebene demonstrieren vor der Staatsanwaltschaft in Kampala

Gertrud Falk ist Referentin bei FIAN Deutschland und arbeitet seit 2003 zu diesem Fall.

„Wir schlagen eine Brücke zwischen lokalen Konflikten und globaler Politik“

Dr. Ana María Suarez Franco ist seit Anfang des Jahres Generalsekretärin von FIAN International. Sie ist Juristin und arbeitet seit mehr als zwei Jahrzehnten bei FIAN, zuletzt als ständige Vertreterin bei den Vereinten Nationen in Genf. Ana María folgt auf Sofía Monsalve, die in ihrer langen Amtszeit neue Themen wie Klimawandel, Digitalisierung, Finanzialisierung oder Care-Arbeit bei FIAN eingebracht hat. Beide stammen aus Kolumbien.

Ana, worin siehst Du Deine Rolle als neue FIAN-Generalsekretärin?

In den vergangenen 23 Jahren habe ich viel von Bäuer*innen, indigenen Völkern, Fischer*innen, politischen Entscheidungsträger*innen und anderen gelernt. Diese Erfahrung möchte ich nutzen, um FIAN im Einsatz für das Recht auf Nahrung nach dem Vorbild meiner Vorgängerin strategisch zu führen. Dazu gehört, dass wir falsche Lösungen bei der Transformation von Ernährungssystemen aufdecken und Alternativen wie Agrarökologie und Ernährungssouveränität stärken.

In unseren unsicheren Zeiten besteht meine Aufgabe auch darin, mit FIAN eine kritische Masse zu schaffen, die Widerstand leistet, Fehler anprangert, Alternativen aufzeigt und kollektive Interessenvertretungen stärkt. Mein Ziel ist es außerdem, Betroffene von systemischen Menschenrechtsverletzungen zu unterstützen – durch unsere Fallarbeit und mit vertieften Beziehungen zu sozialen Bewegungen, insbesondere zu jungen Menschen.

polarisieren die Gesellschaft. Dies bedroht den in der UN-Charta verankerten Nachkriegskonsens, der Frieden, Menschenrechte und sozialen Fortschritt in den Mittelpunkt stellte. Auch wird die Entwicklung hin zu fairen, gesunden und nachhaltigen Ernährungssystemen gebremst.

Was kann FIAN hierbei denn bewirken?

Seit fast 40 Jahren setzt sich FIAN dafür ein, Unterdrückung durch staatliche und nichtstaatliche Akteure zu bekämpfen und Machtungleichgewichte zu beseitigen. Von anderen Organisationen unterscheidet sich FIAN dabei durch die Fallarbeit – wir setzen uns gemeinsam mit Betroffenen für ihr Recht auf Nahrung ein und schlagen dadurch eine Brücke zwischen lokalen Konflikten und globaler Politik.

Auch stärken wir die Bewegung für das Recht auf Nahrung, indem wir verschiedene Gruppen über Regionen und Themen hinweg verbinden und zugleich Solidarität und kollektive Macht fördern. Dies ist entscheidend, um Veränderungen voranzutreiben – insbesondere unter autoritären Regierungen, wie unsere Partnergruppen immer wieder bezeugen. Die Arbeit in einem so vielfältigen Ökosystem erfordert dabei Offenheit, um von allen Akteur*innen zu lernen, sowie eine kritische Analyse von Mainstream-Lösungen.

Obwohl unsere Vermittlungsarbeit oftmals nicht sichtbar ist, trägt sie wesentlich dazu bei, Brücken zu bauen und kollektives Handeln zu stärken. Unsere Hartnäckigkeit, unsere Fähigkeit zur Kooperation, unsere Kreativität und das Engagement jedes einzelnen FIAN-Mitarbeiters und jeder einzelnen Mitarbeiterin sind dabei von unschätzbarem Wert.

Wie optimistisch bist Du angesichts des gegenwärtigen politischen Klimas?

Trotz der Herausforderungen gibt es doch viel zu feiern. Der 20. Jahrestag der UN-Leitlinien für das Recht auf Nahrung hat viele Fortschritte aufgezeigt: FIAN Kolumbien erreichte eine verfassungsrechtliche Anerkennung des Rechts auf Nahrung. Bäuer*innen in Ecuador gewannen bahnbrechende Prozesse zum Recht auf Land. In Uganda nimmt die militärische Gewalt gegen Fischer*innen nach Jahren intensiver Lobbyarbeit spürbar ab. Und auch unsere Anstrengungen mit zahlreichen Verbündeten zur Stärkung der Rechenschaftspflicht von Unternehmen zeigen Wirkung.

Zudem glaube ich, dass die Fortschritte bei der Anerkennung der Rechte künftiger Generationen Möglichkeiten zur Bekämpfung von Umweltkrisen bieten. Unsere Arbeit im Bereich „Food Care“ macht Zusammenhänge zwischen Ernährungssicherheit, Geschlechtergerechtigkeit und dem Abbau patriarchaler Strukturen sichtbar, die Frauen und LGBTIQ+ Personen benachteiligen. Diese Schritte mögen klein sein, doch sie stellen bedeutende Fortschritte dar. Sie in Solidarität zu gehen, bringt uns einer Welt näher, in der Ernährungssysteme den Menschen und dem Planeten Vorrang vor Unternehmensinteressen einräumen.



Staffelwechsel: Sofía (l.) und Ana María (r.)

Wo liegen dabei die größten Herausforderungen?

Inmitten der zahlreichen globalen Krisen – Klimawandel, Umweltverschmutzung, Verlust der biologischen Vielfalt, Kriege, Drogenhandel –, welche Hunger, Armut und Ungleichheit verschärfen, stehen wir vor einer zusätzlichen Herausforderung: dem Aufstieg autoritärer Regierungen. Diese attackieren öffentliche Institutionen, stellen Profite über Menschen und

Frankfurt: Erfolgreiche FIAN-Jahresversammlung

Vom 4. bis 6. April kamen über 60 FIAN-Mitglieder in Frankfurt am Main zu einem lebendigen Austausch zusammen. Zwischen Vorträgen, bereichernden Gesprächen, gemeinsamem Essen und Lachen war viel Raum für Begegnung, Wiedersehen und neue Kontakte. Das Treffen begann mit einer Schweigeminute für den verunglückten FIAN-Referent Mathias Pfeifer.

Viele Mitglieder brachten sich in die Gestaltung des Wochenendes ein. Brigitte interessierte „diese geballte Konzentration auf das Recht auf Nahrung“ und Alwin hob die Themen „Kolonialisierung und Landgrabbing“ hervor. Joachim erinnert sich an seine anfängliche Aufregung: „Aber die war völlig umsonst. Alles ist vertraut, spannend und ich bin gerne hier.“ Auch Jamie fühlte sich als Neue „sehr freundlich aufgenommen und wohl“. Der Auftakt war eine öffentliche Veranstaltung in Kooperation mit Attac Deutschland und Medico. Martin Wolpold-Bosien vom Deutschen Institut für Menschenrechte sprach über die Entwicklung sowie aktuelle Herausforderungen für das Recht auf Nahrung. Joachim war begeistert: „Das hat mich genau abgeholt.“ Für ihn bleibt FIANs Menschenrechtsarbeit wandelbar und zugleich aktuell.

Steffi schätzt, dass „bei FIAN vieles zusammenkommt: globale und lokale Themen, Internationales und Regionales – und dass ich als Mitglied mitgestalten kann.“ Diese vielfältigen Verbindungen wurden auch in einer Podiumsdiskussion zur Fallarbeit von FIAN deutlich. Gertrud Falk, Almudena Abascal, Roman Herre und Martin Wolpold stellten bewährte Strategien vor und erläuterten die Zusammenarbeit mit Frauenkollektiven, Jugendlichen und Akteuren auf allen Ebenen, die sich den Menschenrechten verpflichtet fühlen.

Starkes ehrenamtliches Engagement

FIANs globale Präsenz wird durch die deutschlandweiten Ortsgruppen ergänzt. Diese „begleiten die Arbeit, zum Beispiel den Kaweri-Fall in Uganda, Bauxitabbau in Guinea oder die Vertreibung von Massai in Tansania. Ganz wichtig für uns ist aktuell auch die Gefährdung des Lieferkettengesetzes“, fasst Klaus von der Marler Lokalgruppe zusammen. Brigitte berichtet von erfolgreichen Vorträgen und Ausstellungen: „Diese waren gut besucht und kamen gut an – auch in der Presse. Inzwischen ist FIAN in unserem Umfeld ein Begriff.“

So wächst das Netz der Aktiven und die Unterstützung für die Menschenrechtsarbeit auch auf lokaler Ebene. Eine zentrale

Frage bewegt jedoch viele: „Wie gewinnen wir neue – vor allem junge – Mitglieder?“. Die Ideen reichten von einer stärkeren Hochschulpräsenz bis hin zu kreativen Social-Media-Kampagnen. Erstmals gab es im Rahmen der MV einen eigenen Austausch junger Mitglieder. Martin, Teil der jungen FIANista, berichtet vom geplanten Austausch mit anderen Sektionen: „Wie machen die das? Gibt es dort ähnliche Erfahrungen?“. Klaus freut sich, „dass so viele junge Leute mitmachen und sich sogar für den Vorstand melden – das macht mir wirklich Spaß“.



Erfolge feiern, aber finanzielle Herausforderungen

Am Sonntag blickten wir auf das vergangene Jahr zurück: Die positive Entwicklung der Arbeit wurde gewürdigt, aber auch finanzielle Probleme angesprochen. Heiko bringt es auf den Punkt: „Das Wichtigste für uns sind Mitglieder – mit ihren finanziellen Beiträgen können wir planen und unsere Unabhängigkeit wahren.“ Eine Schwierigkeit für FIAN sind die sinkenden Budgets von Geldgebern, zum Beispiel im kirchlichen Bereich. Erfreulich hingegen war die Präsentation der zahlreichen Aktivitäten – von den Recherchereisen nach Sambia, Indonesien, Guinea und Uganda bis hin zu Eilaktionen für Fälle in Indien, Ecuador und Kolumbien, neuen Podcasts, der Beteiligung an Kundgebungen und die Bildungsarbeit. FIAN ist heute in weit mehr juristische, menschenrechtliche und politische Prozesse eingebunden, als hier aufgezählt werden kann – Dank des vielfältigen Engagements und des strategischen Einsatzes der Hauptamtlichen.

Die Jahresversammlung war insgesamt ein Ort der Ermutigung: „Gerade in diesen politischen Zeiten ist es wichtig, dass ich mich verorten und engagieren kann“, sagt Steffi. „Und bei aufkeimender Hoffnungslosigkeit wieder zurückfinde zu meinem Engagement – und zu den Gründen, warum ich es trotzdem, und gerade jetzt erst recht mache.“ Treten wir daher weiter entschlossen und solidarisch für das Menschenrecht auf Nahrung ein.

Mirjam Sophie Kern ist Masterstudentin für „Social Work as a Human Rights Profession“. Sie absolviert ein dreimonatiges Praktikum bei FIAN.



Austausch der jungen FIANista

UN-Sozialausschuss: Stellungnahme zu gerechter Steuerpolitik

von Julian Suppinger

Der UN-Sozialausschuss hat Ende Februar die Stellungnahme „Tax Policy and the International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights“ veröffentlicht (E/C.12/2025/1). Hierin wird dargelegt, welche menschenrechtliche Anforderungen die Staaten bei der Ausgestaltung ihrer Steuerpolitik beachten müssen. Behandelt werden auch Themen wie Steuerhinterziehung, Gleichstellung der Geschlechter und Vermögenssteuern.

Gleich zu Beginn seiner Einschätzung hält der UN-Sozialausschuss fest, dass es sich bei Sozialen Menschenrechten um positive Rechte handelt, deren Verwirklichung ein aktives staatliches Handeln erfordert. Zur Finanzierung benötigt dieses eine stabile und nachhaltige Fiskalpolitik. Bereits in der Vergangenheit hat sich der Sozialausschuss in seinen Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten wiederholt zu deren Steuerpolitik geäußert.

Menschenrechtliche Prinzipien beachten

Der Sozialausschuss führt in seiner Stellungnahme verschiedene Steuerpraktiken auf, welche die soziale Ungleichheit fördern und der Verwirklichung des Sozialpakts somit entgegenstehen. Hierunter fallen regressive Steuersätze – also solche, die mit steigendem Einkommen die Steuerlast reduzieren, oder niedrige Gewerbesteuern. Genannt werden auch Mehrwertsteuern, da wirtschaftlich schwächere Personen, die ihr verfügbares Einkommen zu höheren Anteilen verkonsumieren, hierdurch überproportional belastet werden.



Bankenviertel von Panama (© Sol Cerrud)

Auch prozedurale Vorgaben finden sich gleich zu Beginn des Statements. Die Staaten müssen demnach ihre Steuerpolitik transparent, partizipativ und evidenzbasiert gestalten und die bestehenden Praktiken regelmäßig analysieren. Wichtig sind hierbei Punkte wie die Gesamtsteuerlast, das Verhältnis von Einkommens- und Gewerbesteuern, die Verteilung der Steuerlast auf verschiedene Einkommens- und Gesellschaftsschichten sowie Auswirkungen von Steuerbefreiungen. Ziel der Fiskalpolitik müsse sein, die zur Verwirklichung der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Menschenrechte notwendigen Finanzmittel bereitzustellen. Gleichzeitig dürften die in den

Dienst der Menschenrechtsfinanzierung gestellten Mittel diesen Rechten natürlich nicht entgegenwirken.

Geschlechterverhältnisse werden in der Stellungnahme ebenfalls betrachtet. Der Sozialausschuss fordert, unbezahlte Arbeit und die niedrigeren Einkommen von Frauen bei der Gestaltung des Steuersystems zu berücksichtigen und Anreize zur Gleichstellung der Geschlechter zu schaffen. Nicht nur beim Thema Geschlecht werden Steuern auch als steuerndes Element begriffen. Der Sozialausschuss empfiehlt, Steuern als Werkzeug zu nutzen, um den Menschenrechten entgegenstehendes Verhalten zu sanktionieren und die Menschenrechte förderndes Verhalten zu begünstigen.

Internationale Kooperation zu Steuerhinterziehung

Weiterhin fordert das Gremium eine angemessene Besteuerung der Gewinne von multinationalen Unternehmen und vermögenden Privatpersonen. Hierfür wäre die Einführung einer weltweit koordinierten Mindesteinkommenssteuer für sehr vermögende Privatpersonen notwendig.

Auch das Thema der grenzüberschreitenden Steuerhinterziehung und -vermeidung wird behandelt. Der Ausschuss erinnert daran, dass die Staaten verpflichtet sind, Steuerschlupflöcher zu schließen – im Inland wie auch im Ausland. Hierfür müssten die Staaten kooperieren und alle Maßnahmen unterlassen, welche eine Steuervermeidung in anderen Staaten ermöglichen und damit deren Fähigkeit zur Verwirklichung Sozialer Menschenrechte untergraben.

Konkrete Maßnahmen zur Durchsetzung der Steuerpflicht multinationaler Konzerne sieht der Sozialausschuss vor allem in der strengeren Regulierung von Briefkastenfirmen und der Einigung auf eine weltweite Mindeststeuer. Um die grenzüberschreitende Steuervermeidung zu bekämpfen, sollte insbesondere der Finanzsektor strengeren Sorgfaltspflichten unterworfen werden.

Bezug zum Recht auf Nahrung

Nach Auffassung vom Sozialausschuss sollte die Steuerpolitik eine gesunde Ernährung fördern, etwa durch Steuern auf Junkfood und zuckerhaltige Getränke. Auch sollten Steuern die Vertragsstaaten in die Lage versetzen, die Umwelt zu schützen und ihre Klimaverpflichtungen zu erfüllen.

Das Kernstück und letztlich das Fazit der Stellungnahme ist das angestrebte Übereinkommen zur steuerlichen Kooperation („United Nations Framework Convention on International Tax Cooperation“). Die Staaten werden aufgefordert, an dessen Ausarbeitung engagiert mitzuarbeiten und dieses als Instrument zur Verwirklichung der Menschenrechte aufzufassen. Insgesamt müsse die Steuerpolitik als Grundlage zur Bekämpfung von Ungleichheit und Armut dienen.

Julian Suppinger hat im Frühjahr 2025 ein Praktikum bei FIAN absolviert. Er studiert Rechtswissenschaft in Bonn.

Höchstgrenzen für extremen Reichtum!

von Olivier de Schutter

Die jüngsten Entwicklungen in den USA und anderswo zeigen, dass ultrareiche Einzelpersonen ein Risiko darstellen – für Demokratie, Gesellschaft, Wirtschaft und die Umwelt. Olivier de Schutter, vormaliger UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung und seit 2020 Berichterstatter zu extremer Armut und Menschenrechten, fordert daher eine Grenze für das Vermögen von Einzelpersonen.

In den fünf Jahren seit meinem Amtsantritt als Armutsexperte der Vereinten Nationen ist das Nettovermögen der fünf reichsten Männer der Welt in die Höhe geschossen – von bereits absurden 340 Milliarden Dollar auf unerträgliche 1,1 Billionen Dollar. Im gleichen Zeitraum ist das Vermögen von fast fünf Milliarden Menschen gesunken. Die Zahl der Menschen, die unterhalb der von der Weltbank festgelegten Armutsgrenze von 6,85 Dollar pro Tag liegen – 3,5 Milliarden, fast die Hälfte der Weltbevölkerung – hat sich seit 1990 kaum verändert.

Verschwendung statt soziale Teilhabe

Die Doktrin, mit der wir alle aufgewachsen sind – dass Wirtschaftswachstum die Antwort auf Armut, Arbeitslosigkeit und eine ganze Reihe anderer sozialer Missstände ist – hat für die Muskis und Zuckerbergs unserer Welt gut funktioniert. Aber auf dieser Welle sind längst nicht alle mitgeritten: Vielmehr hat sie einige wenige Eliten auf Superyachten katapultiert und Ungleichheit, Armut und Umweltzerstörung hinterlassen. Die wirtschaftliche Dominanz lässt sich zudem leicht in politischen Einfluss ummünzen. Dieser erlaubt es den Ultrareichen, politische Maßnahmen zu blockieren, die die enorme Wohlstandslücke schließen könnten, und ihre eigenen Interessen zu schützen – Donald Trump und Elon Musk, die vor dem Weißen Haus einen Tesla zur Schau stellen, sind ein Paradebeispiel. In Amerika leben etwa zehn Millionen Kinder in Armut. Die Bevölkerung wurde – wie wir alle – dazu verleitet zu glauben, es sei in ihrem besten Interesse, es der Elite zu erleichtern, mehr Geld zu verdienen. Wir dürfen nicht weiter auf diesen Trick hereinfallen. Extremer Reichtum schafft extreme Armut, anstatt sie abuschaffen. Er lenkt knappe Ressourcen und Produktionskapazitäten weg von grundlegenden sozialen Dienstleistungen und hin zu den verschwenderischen Launen der Reichen. Er treibt den Klimawandel an, der sich auf Menschen in Armut stärker auswirkt als auf jede andere Gruppe. Und er untergräbt die Demokratie.

Risiko für Demokratie und Menschenrechte

So wie wir eine Armutsgrenze haben – eine Grenze, von der die Gesellschaft beschlossen hat, dass niemand sie unterschreiten sollte – brauchen wir wegen der Risiken für Demokratie, Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt eine Grenze für extremen Reichtum. Angehäufte Reichtum jenseits dieser Grenze ist das Ergebnis von Politikversagen, Vetternwirtschaft, Korruption oder Monopolmacht. Mit ihm lässt sich zu viel politischer Einfluss erkaufen oder zu viel Schaden an der Umwelt anrichten. Eine solche Vermögensgrenze wäre ein entscheidender Schritt, um sicherzustellen, dass Reichtum der Gesellschaft dient, anstatt sie zu verzerren.

Als politisches Instrument könnte eine Grenze für extreme Vermögen als Bezugspunkt für eine progressive Besteuerung dienen, die die Steuerlast von Arbeitnehmer*innen (Einkommensteuer) und Haushalten (Mehrwertsteuer) auf

diejenigen verlagert, die den Großteil des weltweiten Grund- und Finanzvermögens besitzen. So ließe sich der über die Jahre angesammelte Reichtum umverteilen, um Sozialleistungen zur Armutsbekämpfung zu finanzieren.



Recherche von de Schutter in Bangladesch 2023 (© Emdadul Islam Bitu)

Wachstum löst nicht alle Probleme

Beispielsweise könnte eine bescheidene Steuer von drei Prozent auf das Vermögen aller Milliardäre – die zweifellos über der Grenze für extreme Vermögen liegen würden – bis zu 690 Milliarden Dollar pro Jahr einbringen. Wie mein Report „Financing Social Protection Floors“ zeigt, ist dies mehr als das Doppelte dessen, was nötig ist, um eine grundlegende Gesundheitsversorgung und andere Basisdienstleistungen für die 26 ärmsten Länder der Welt bereitzustellen.

Viel zu lange wurde uns gesagt, es gäbe kein globales Problem, welches das Wirtschaftswachstum nicht lösen könne. Wir dürfen nicht vergessen, nachzufragen: Wie viel Wachstum, zu welchen Kosten und für wen? Andernfalls riskieren wir eine von Armut geprägte Zukunft auf einem verwüsteten Planeten, neben immer obszöneren Listen von Reichen und weiteren gefährlichen Milliardär*innen in Regierungen.

Wir sollten unsere Energie auf die Umverteilung von Reichtum konzentrieren, nicht darauf, ihn zu erzeugen. Eine Grenze für extreme Vermögen würde der Wirtschaftselite dabei weniger Schlupflöcher bieten – selbst denen in den höchsten Machtpositionen.

Olivier de Schutter ist UN-Sonderberichterstatter für extreme Armut und Menschenrechte. Der Beitrag erschien zuerst in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit.

Der Report „Financing Social Protection Floors“ findet sich unter <https://tinyurl.com/2d2ut3y2>

Weniger Geld, mehr Repression: UN-Menschenrechtsrat in schwieriger Lage

Trotz einer zunehmend autoritären Weltlage und massiver finanzieller Einschnitte konnte der UN-Menschenrechtsrat auf seiner Frühjahrstagung wichtige Signale setzen. Neue Resolutionen schützen Menschenrechtsverteidiger*innen, betonen die Bedeutung sozialer Rechte und fordern Reformen internationaler Finanzstrukturen. Doch die politischen Risiken sind groß, nicht zuletzt durch den Rückzug der USA. Das Forum Menschenrechte, in dem FIAN seit langem aktiv ist, hat die Sitzung erneut vor Ort begleitet. Hier eine Zusammenfassung des Berichts vom Forum.

Die 58. Tagung des UN-Menschenrechtsrates im Frühjahr 2025 fand in angespannter Atmosphäre statt. Zwar lief das übliche Programm ab: Verhandlungen über Resolutionen, diplomatische Gespräche am Rande und engagierte Beiträge von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Doch der politische Einschnitt war unübersehbar: Drei Wochen vor Tagungsbeginn hatte die neue US-Administration angekündigt, den Menschenrechtsrat zu verlassen. Mit dem Vorwurf, der Rat diene als Schutzschild für Menschenrechtsverletzer, stellt Washington auch seine finanziellen Beiträge ein.

Das UN-Menschenrechtssystem war bereits zuvor chronisch unterfinanziert. Jetzt geraten nicht nur die Arbeit des Rates, sondern auch unzählige zivilgesellschaftliche Organisationen noch stärker unter Druck. Viele von ihnen können künftig weder reisen noch online teilnehmen. In Genf war bereits zu spüren, dass die Stimmen derjenigen, die Menschenrechtsverletzungen anprangern, leiser werden. Ein NGO-Vertreter formulierte es treffend: „Dieser Raum wird bald deutlich leerer sein.“



Besonders alarmierend ist, wie autoritäre Staaten diese Schwäche nutzen. Der Fall Nicaragua macht dies exemplarisch deutlich: Nachdem die Regierung die Empfehlungen im Rahmen der sogenannten allgemeinen Staatenprüfung (UPR) schlicht ignorierte, wurde die offizielle Annahme des Berichts vertagt – ein gefährlicher Präzedenzfall. Ein weiteres Beispiel ist das Vorgehen Chinas gegen kritische Stimmen: Während der Tagung wurde ein NGO-Redner offen bedroht, ein anderer gefilmt, die Familie eines dritten während seiner Rede in China von der Polizei aufgesucht. Solche Einschüchterungen untergraben die Menschenrechtsarbeit in Genf – und werden offenbar gezielt eingesetzt.

Menschenrechte im digitalen Raum

Trotz aller Widrigkeiten konnte der Menschenrechtsrat auch Erfolge verzeichnen. Eine besonders wichtige Resolution befasst sich mit dem Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen im digitalen Zeitalter. Sie erkennt nicht nur die Bedeutung digitaler Technologien für zivilgesellschaftliche Arbeit an, sondern warnt auch vor ihrer missbräuchlichen Nutzung: etwa zur Überwachung, zur Unterdrückung von Kommunikation oder zur Einschüchterung über Grenzen hinweg. Besonders betont wird die Verantwortung von Staaten und Unternehmen, Menschenrechte auch im digitalen Raum zu achten.

Dass die Resolution im Konsens angenommen wurde ist ein bemerkenswerter Erfolg. Erstaunlich war jedoch, dass selbst der Begriff „Menschenrechtsverteidiger*innen“ erneut in Frage gestellt wurde – 26 Jahre nach seiner Anerkennung durch die UN-Generalversammlung. Änderungsanträge von Russland und China, die eine Kriminalisierung legitimiert hätten, wurden jedoch abgelehnt.

Auch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte standen auf der Agenda. Die verabschiedete Resolution zu WSK-Rechten erinnert die Staaten daran, dass ihre Finanz- und Steuerpolitik menschenrechtskonform sein muss. Besonders deutlich wird das an einem Zitat aus der Resolution: Die Sorge über „nicht tragbare Schuldenlasten und überhöhte Schuldendienstkosten“ sei berechtigt, da sie staatliche Investitionen in soziale Sicherung und öffentliche Dienstleistungen gefährden könnten. Auch betont die Resolution, dass internationale Schuldenregelungen und die Finanzarchitektur reformiert werden müssen – damit die Menschenrechte auf Nahrung, Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit überhaupt verwirklicht werden können.

Zwischen Hoffen und Warnen

Inmitten multipler globaler Krisen und wachsender autoritärer Tendenzen bleibt der Menschenrechtsrat ein wichtiger Ort, an dem über Grundrechte gestritten und gerungen wird. Wichtig für FIAN: das Mandat des Sonderberichterstatters zum Recht auf Nahrung wurde verlängert – ein wichtiges Signal angesichts der weltweiten Ernährungskrise. Auch die Rechte älterer Menschen rückten stärker in den Fokus: Eine neue Arbeitsgruppe soll nun ein internationales Abkommen ausarbeiten, das diese schützt. Doch ohne ausreichend Ressourcen, politisches Rückgrat und die aktive Beteiligung kritischer Stimmen wird dieser Ort bald leiser und leerer. Wenn Menschenrechtsverteidiger*innen nicht mehr geschützt werden, wenn Staaten sich ihrer Verantwortung entziehen und wenn Geld fehlt, um das System am Laufen zu halten, dann steht weit mehr auf dem Spiel als diplomatische Etikette. Es geht um konkrete Lebensrealitäten: um Ernährungssicherheit, um soziale Rechte – und um den Schutz derjenigen, die für andere ihre Stimme erheben.

FIAN Kontakt

FIAN Deutschland • Gottesweg 104 • 50939 Köln • Tel.: 0221-474491-10 • Fax 0221-474491-11 • info@fian.de • www.fian.de

Geschäftsstelle

Almudena Abascal, Fallarbeit Lateinamerika
a.abascal@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-13

Jan Dreier, Lobbying Recht auf Nahrung
j.dreier@fian.de, Tel.: 0221-474491-10

Gertrud Falk, Jahresthema, Bildungsarbeit, Gender, Multiplikator*innen, Pressekontakte
g.falk@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-15

Sandra Falkenau, Finanzverwaltung
s.falkenau@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-14

Insa Heinke, Fallarbeit Südostasien
i.heinke@fian.de, Tel.: 0221-474491-10

Marian Henn, Lateinamerika, Bildungsarbeit
m.henn@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-10

Roman Herre, Landwirtschaft, Landkonflikte, Welternährung, r.herre@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-13

Stephanie Janke, Öffentlichkeitsarbeit, Webseite
s.janke@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-10

Barbara Lehmann-Detscher, Spenden, Mitgliedschaft, Fundraising, Bildungsarbeit
b.lehmann-detscher@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-16

Philipp Mimkes, Geschäftsführung, Fallarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion FoodFirst
p.mimkes@fian.de, Tel.: 0221 – 474491-20

FIAN-Beirat

Prof. Dr. Remo Klinger, Rechtsanwalt und Honorarprofessor der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde

Christine von Weizsäcker, Biologin, Vorsitzende Ecoropa

Wolfgang Kaleck, Menschenrechtsanwalt, Generalsekretär ECCHR

Prof. Dr. Maria Müller-Lindenlauf, Agrarwissenschaftlerin mit Fachgebiet Agrarökologie (Hochschule Nürtingen-Geislingen)

Prof. (em) Dr. Franz Segbers, Sozialethiker

Prof. Dr. Stefan Selke, Soziologe (HAW Furtwangen)

Dr. Brigitte Hamm, Politikwissenschaftlerin, ehem. Institut für Entwicklung und Frieden (Uni Duisburg)

Dr. Rainer Huhle, Politologe, ehem. Mitglied UN-Ausschuss gegen das Verschwindenlassen, Vorstand Nürnberger Menschenrechtszentrum

Prof. (em) Dr. Hanns Wienold, Soziologe, Ernährungsexperte für Lateinamerika und Südasiens

Prof. Dr. Anne Lenze, Sozialrechtlerin (Hochschule Darmstadt)

Dr. Steffen Kommer, Jurist, Autor „Menschenrechte wider den Hunger“

FIAN Lokalgruppen

Berlin, Maren Staeder, info@fian-berlin.de

Kontakt Hamburg: Heiko Hansen, heiko.hansen@mailbox.org

Heidelberg, Charlotte Dreger, charlottedreger@posteo.de

Köln, fian_rheinland@web.de

Marl, Klaus-Dieter Hein, kghein@t-online.de

München, Arne Klevenhusen, fian@muenchen-mail.de

Münsterland, Kontakt: info@fian.de

Rhein-Ruhr-Wupper, Wolfram Boecker, wboecker@email.de

Tübingen, Harald Petermann, fian-tuebingen@web.de

FIAN Arbeitskreise

AK Agrar, Roman Herre, r.herre@fian.de

AK Bildung, Barbara Lehmann-Detscher, b.lehmann-detscher@fian.de

AK Dekolonial, Kontakt: info@fian.de

AK Gender, Gertrud Falk, g.falk@fian.de

AK Jura, Janina Reimann, janina.reimann@t-online.de

Fallarbeitsgruppe Ecuador, Sini Bodemer, sini.bodemer@fian-berlin.de

Team Fallarbeit, Philipp Mimkes, p.mimkes@fian.de

bitte
ausreichend
frankieren

FIAN Deutschland e.V.
Gottesweg 104
50939 Köln

Name
Straße
PLZ/Ort
Telefon
E-Mail
Geburtsdatum (für Statistik)

Bitte tragen Sie Ihre vollständige Anschrift ein, für die Angabe einer E-Mail-Adresse und/oder Telefonnummer wären wir Ihnen sehr dankbar. Ihre Daten werden nicht weitergegeben und nur zu vereinsinternen Zwecken verwendet!



www.fian.de



fiandeutschland



fian_deutschland



fiangermany



Ist Ihre Anschrift noch aktuell? Teilen Sie uns Änderungen bitte rechtzeitig mit!

ISSN 1611-5880

Termine

- 9. – 11. Juli** **Crashkurs Rohstoffwende**, Berlin
- 10. Juli** **„Mikrokredite dekolonialisieren“**
AK Dekolonial/ Sophia Cramer, Online
- 5. September** **Multiplikator*innen-seminar: Soziale Menschenrechte verstehen & verteidigen**, Köln
- 6. September** **Gutes Essen für Alle: Köln ernährungsrecht gestalten**, VHS Köln
- 19. – 21. Sept.** **Naturschutz postkolonial – was Schutzgebiete in Afrika mit Kolonialismus und Menschenrechten zu tun haben**, Ev. Akademie Hofgeismar
- 18. November** **Workshop zu Menschenrechtsbildung für Soziale Menschenrechte**, Fernuni Hagen

Informationen zu Anmeldung und Anfangszeiten: info@fian.de

Der inhaltliche Schwerpunkt und die Beilage zu Bildungsangeboten werden finanziell gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL mit Mitteln des BMZ, der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen sowie durch Brot für die Welt.



Für den Inhalt ist allein FIAN Deutschland e.V. verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Stiftung Umwelt und Entwicklung NRW oder von Brot für die Welt wieder.

Ich möchte FIAN-Mitglied werden

Die Mitgliedschaft beinhaltet die Zusendung des FoodFirst-Magazins

Mein Jahresbeitrag: 60 Euro 120 Euro _____ Euro

Ich möchte meinen Beitrag erhöhen

Ab dem _____ erhöhe ich meinen Beitrag um _____ Euro pro Monat.

Ich möchte das FoodFirst abonnieren

als Druckexemplar pdf-Abo an:

E-Mail _____

Abo-Jahresbeitrag: (Bei Auslandsversand zzgl. 10 Euro)

15 Euro Standardabo 30 Euro Förderabo

Ich erteile FIAN eine Einzugsermächtigung

SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige FIAN Deutschland e.V., Gottesweg 104, 50939 Köln, Gläubiger-Identifikationsnummer DE2ZZZ00000081635, wiederkehrende Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von FIAN Deutschland e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Meine Zahlungsweise:

jährlich halbjährlich vierteljährlich monatlich

KontoinhaberIn

Kreditinstitut (Name und BIC)

IBAN: DE ____ | ____ | ____ | ____ | ____ | ____

Datum

Unterschrift

Impressum

Herausgeber: FIAN Deutschland e.V.
Tel.: 0221 – 474491-10 • Fax 0221 – 474491-11
www.fian.de • info@fian.de

Ausgabe 02/2025 • Erscheinungsdatum: Juni 2025

Namentlich gekennzeichnete Beiträge spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wider.

Redaktion: Philipp Mimkes
V.i.S.d.P.: Philipp Mimkes
Layout: Silvia Bodemer
Lektorat: Philipp Mimkes
Fotos: © FIAN oder s. Bildunterschrift
Titelbild: Frauenkampftag in Mexiko 2024 (© Yasojara Barrientos)
Druck: Basisdruck GmbH, Duisburg, auf 100% Recyclingpapier

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr
Druckauflage: 1.700 • Einzelpreis: 4,00 Euro Schutzgebühr
Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten
Abonnement: 15,- Euro Standardabo, 30,- Euro Förderabo
Auslandsversand: zzgl. 10,- Euro
Die Weiterverwendung der veröffentlichten Textbeiträge (ohne Fotos) ist mit Angabe der Quelle gestattet. Freigabe vorab unter: info@fian.de
Die nächste Ausgabe erscheint im September 2025.

Spendenkonto FIAN Deutschland:
GLS-Bank Bochum
IBAN: DE84 4306 0967 4000 444400 • BIC: GENODEM1GLS